

PRÄMIEN-ENTLASTUNGS-INITIATIVE

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN (FAQ's)

Worum geht es bei der Prämien-Entlastungs-Initiative?

In den letzten 20 Jahren haben sich die Krankenkassen-Prämien mehr als verdoppelt. Die Reallöhne und Renten sind in dieser Zeit jedoch kaum gestiegen. Für viele Haushalte ist die Frage, wie sie die Krankenkassen-Prämien bezahlen sollen, zu einer existenziellen Belastung geworden. Dies umso mehr, als nicht nur die Prämien steigen, sondern in vielen Kantonen auch die Prämienverbilligung gekürzt wird.

Mit ihrer Prämien-Entlastungs-Initiative will die SP die Prämienlast begrenzen. Kein Haushalt soll mehr als 10% seines verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien aufbringen müssen. Nebst einer spürbaren Entlastung bringt die Initiative auch mehr Gerechtigkeit, denn der Anspruch auf Prämienverbilligungen würde in allen Kantonen gleich gelten.

Warum lanciert die SP eine solche Initiative?

Weil die Prämien für Haushalte mit tiefen oder mittleren Einkommen im Durchschnitt eine höhere Belastung darstellen. Diese Haushalte sollen grössere Teile ihres Einkommens zum Leben zur Verfügung haben.

Weil in vielen Kantonen bei den Prämienverbilligungen immer mehr gespart wird. Das wollen wir mit dieser Initiative kontern!

Weil das System der Kopfprämien an seine Grenzen stösst. Die Politik muss handeln, bevor immer mehr Menschen die Prämien effektiv nicht mehr bezahlen können. Die Diskussionen über Franchiserhöhungen, Zweiklassenmedizin und „schwarze“ Listen geben einen Vorgeschmack, was sonst breiten Bevölkerungsschichten droht.

Sind die Krankenkassenprämien wirklich eine so grosse Belastung für die Bürgerinnen und Bürger?

Die durchschnittliche Prämienbelastung im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen steigt laut Zahlen des BAG. In vielen Kantonen erreicht sie für Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen mehr als 15%. Nimmt man eine Familie mit zwei jungen Erwachsenen oder ein pensioniertes Paar mit einem Bruttoeinkommen von 50'000 Franken, so beträgt die schweizweit durchschnittliche Prämienbelastung 18% des Bruttoeinkommens. Diese steigende Belastung rührt daher, dass die Prämien jedes Jahr ansteigen, aber Kantone bei den Prämienverbilligungen gleichzeitig kürzen und sparen.

Wie soll dieser massive Ausbau der Prämienverbilligung finanziert werden?

Gesamthaft wird mit 3 bis maximal 4 Milliarden Franken zusätzlichen Kosten pro Jahr gerechnet. Der Bund soll mindestens zwei Drittel der Prämienverbilligungen tragen, die Kantone müssen den Restbetrag übernehmen.

Die hohe Prämienbelastung bei tiefen und mittleren Einkommen ist unsozial. Die Initiative sorgt unter anderem mit dem grossen Kostenanteil des Bundes dafür, dass die Kosten gerechter und solidarischer verteilt werden. Da gerade die direkte Bundessteuer stark progressiv ist, ist gewährleistet, dass die höheren Einkommen mehr zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen müssen, während tiefere und mittlere Einkommen spürbar entlastet werden.

Macht die SP mit dem Ausbau der Prämienverbilligung nicht nur Symptombekämpfung? Bräuchte es nicht Massnahmen um das Kostenwachstum im Gesundheitswesen an der Wurzel anzugehen?

Erstens sorgt die Initiative dafür, dass das System nicht kollabiert. Genau das würde geschehen, wenn Hunderttausende Menschen ihre Krankenkassen-Prämien nicht mehr zahlen könnten.

Zweitens setzt die Initiative Druck auf den Bund und insbesondere die Kantone auf, sich stärker zu engagieren. Die Politik ist gefordert zu handeln, um das Gesundheitswesen als Service Public zu erhalten und die Kosten zu dämpfen. Das Gesundheitswesen braucht mehr Regulierung durch die öffentliche Hand, nur so kann das Kostenwachstum begrenzt werden. Wettbewerb fördert kostspielige, unnötige, lukrative Leistungen und führt dazu, dass Prämien als Gewinne in private Taschen fliessen.

Drittens braucht es tatsächlich auch Massnahmen zur Kostendämpfung. Und zwar solche, die weder den diskriminierungsfreien Zugang zu Leistungen der Grundversicherung einschränken, noch das bereits sehr belastete Gesundheitspersonal stärker unter Druck setzen. Einsparungen bei der Zulassung von Ärztinnen und Ärzten, Medikamentenpreisen, Zusatzversicherungen und Werbeausgaben wie auch überrissene Honorare bieten sich hier zuallererst an – die SP fordert sie seit Jahren.

Das Gesundheitswesen wurde zu lange dem Markt überlassen. Es ist Zeit, dass die demokratische Öffentlichkeit steuernd eingreift um die Profite zu begrenzen und die Kosten solidarischer zu verteilen. Die Prämien-Entlastungs-Initiative ist ein erster Schritt.